

Gegen Gipsabbau im Süden der Stadt

Nahe der Kläranlage darf aber nach dem Votum des Rates Calciumsulfat gefördert werden

BURGBERNHEIM (cs) – Die Argumente sind im Wesentlichen abgefragt und ausgetauscht, deshalb rief eine erste Abstimmung zum Gipsabbau im Norden beziehungsweise Südosten Burghernheims im Stadtrat keine Grundsatz-Diskussion mehr hervor. Für eine Stellungnahme an das Bergamt billigten die Stadträte mehrheitlich den Gipsabbau nordöstlich der Stadt nahe der Bauschuttdeponie und der Kläranlage. Dem Abbau im Südosten bis zu den Hängen des Prösselbuchs dagegen erteilten sie bei zwei Gegenstimmen eine Absage.

Nach wie vor, dies betonte Bürgermeister Matthias Schwarz ausdrücklich, steckt das Verfahren in der „Vorphase“, gibt es seitens des Unternehmens Knauf Gips KG lediglich eine Voranfrage. Fürs erste galt es daher, das Stimmungsbild im Stadtrat abzufragen, um dieses mit den zahlreichen Einwendungen seitens der Bevölkerung an das Bergamt weiterzuleiten. An letzterem liegt es dann, die Interessen von Stadt, Öffentlichkeit oder auch Wasserwirtschaftsamt gegen das Argument der Rohstoffsicherung abzuwägen und eine endgültige Entscheidung hinsichtlich der vorgesehenen Abbaugelände zu fällen.

Dass die Vorbehalte aus der Bevölkerung gegen den Abbau von Calciumsulfat ebenso zahlreich wie vielfältig sind, legte Robert Kett, Chef der Hauptverwaltung, dar. Die Argumente waren während einer Bürgerversammlung gesammelt worden, etliche Anwohner hatten darüber hinaus ihre Befürchtungen schriftlich geäußert, wie Schwarz berichtete. Unter anderem ist es der Eingriff in die Natur, der kritisch gesehen wird. Mit Verweis auf den Landschaftsverbrauch, den Fremdenverkehr und den Status Burghernheims als Erholungsort ist der Abbau im Südosten nach Auffassung von Bürgern abzulehnen.

Lärm und Staub befürchtet

Die Anwohner aus dem angrenzenden Wohngebiet befürchten zudem eine Verringerung ihrer Lebens- und Wohnqualität, wie auch eine Wertminderung ihrer Grundstücke. Kritik an der Standortwahl ruft die zu erwartende Zunahme des Verkehrs zum Abtransport des Gipses, die Erschütterungen durch die notwendigen Sprengungen sowie die befürchtete Lärm- und Staubentwicklung hervor. Als Argument gegen das Abbaugelände nannten Kritiker darüber hinaus den Eingriff in den Grundwasserhaushalt, weshalb sie sich gegen den Abbau unterhalb des höchsten Grundwas-



Die Gipsgewinnung (diese Aufnahme entstand bei Markt Nordheim) reißt Narben in die Landschaft. Daher wurden die Stellungnahmen zu den bei Burghernheim geplanten Abbauflächen vom Stadtrat intensiv diskutiert. Archivfoto: Oberth

serstandes aussprachen.

Der Eingriff in die Natur und die Nähe zur Wohnbebauung sind es auch, die für Bürgermeister Schwarz „gravierende“ Gründe darstellen, Einspruch gegen das Abbaugelände im Südosten zu erheben. Zumal es sich um eine Maßnahme handelt, die „nicht in drei Jahren erledigt ist“. Wenn es auch nicht möglich sei, dem Gipsabbau generell einen Riegel vorzuschieben, könne er ihn im „sensiblen Bereich“ nahe der Wohnbebauung südlich der Schulstraße nicht gutheißen. Bei einer Informationsfahrt wurde Stadtratsmitgliedern zwar vor Augen geführt, wie ehemalige Abbaugelände rekultiviert werden können. Für die Stadtratsmehrheit wogen aber neben der Nähe zur Wohnbebauung die zu den angrenzenden FFH-Gebieten und die Lage innerhalb des Naturparks Frankenhöhe schwerer.

Einer möglichen Ausweitung der FFH-Gebiete auf das vorgesehene Areal zur Verhinderung des Abbaus räumte Schwarz wenig Chancen ein. Und auch bei den Anfragen von Manfred Schor (CSU) und Dietmar Leberecht (SPD), ob ein Abbau nicht generell, beziehungsweise nicht wenigstens außerhalb der so genannten Vorbehalts- und Vorrangflächen des Unternehmens

verhindert werden könnte, blieb Schwarz lediglich der Verweis auf die begrenzten Einspruchs-Möglichkeiten der Stadt und die endgültige Entscheidung durch das Bergamt. So blieben Günther Breitschwert und Ute Schmidt (beide CSU) die einzigen, die nicht für die generelle Ablehnung des Gips-Abbaus im Südosten der Stadt stimmten. Letztere betonte dabei ausdrücklich, deshalb nicht für den Abbau zu sein. Sie vermisste allerdings weitergehende Informationen.

Was das Areal im Norden der Stadt angeht, erklärten sich die Stadträte mit Ausnahme von Dietmar Leberecht und Ute Schmidt mit einem möglichen Gipsabbau einverstanden. Die Stadt will allerdings in ihrer Stellungnahme an das Bergamt auf die Nähe zur Kläranlage und dadurch resultierende, etwaige Vorsichtsmaßnahmen hinweisen. Ein Abbau in diesem Areal würde aber auch seitens der Bevölkerung hingenommen, jedenfalls gingen bei der Verwaltung bezüglich dieser Fläche keine Einwände ein. Zumal zwischenzeitlich kursierende Gerüchte, das Abbaugelände könnte bis an das Gebiet „Im Gartenfeld“ heranreichen, nicht zutreffen.